



# Boko Haram: Nigerias Krankheitssymptom

**THOMAS MÄTTIG**  
Dezember 2012

- Trotz offensichtlicher Erfolge der Sicherheitskräfte gegen die islamistische Terrorgruppe wird vor allem Nigerias Nordosten weiterhin regelmäßig von Anschlägen heimgesucht.
- Die Gruppe repräsentiert nicht die Mehrheit der nigerianischen Muslime, aber sie kann an ein Gefühl der Marginalisierung in Nordnigeria und an eine enorme Frustration der Nigerianer mit ihrer Regierung anknüpfen – insbesondere in Hinblick auf die extreme Korruption sowie die Brutalität der Sicherheitskräfte.
- Intrinsische Mechanismen, die das »System Nigeria« am Laufen halten, stehen einer Lösung des Konflikts entgegen: Die Sicherheitskräfte gehorchen ausschließlich Patronagenetzwerken und sind kaum reformierbar; die Regierung hat sich in einem System aus Korruption verstrickt, das sie erhalten muss, um nicht zu implodieren.
- Ein Ende des gewaltsamen Konfliktes ist nicht in Sicht. Dies liegt vor allem am mangelnden politischen Willen der Herrschenden. Zudem fehlt eine politische Opposition, die Alternativen entwickeln könnte.

Mehr als 1.400 Tote in zwei Jahren, niedergebrannte Kirchen und Moscheen, ein Land in Angst und Städte im Belagerungszustand: Der Konflikt um die islamistische Terrorgruppe »Boko Haram«<sup>1</sup> hat in Nigeria eine Spur der Verwüstung hinterlassen.

Spätestens mit dem Selbstmordanschlag auf das Büro der Vereinten Nationen (UN) am 26. August 2011 hat sich die Gruppe ins internationale Bewusstsein gebombt. Ihr Anführer Abubakar Shekau und zwei Mitglieder mit Verbindungen zu Al Qaida im islamischen Maghreb (AQIM) wurden daraufhin vom US-Außenministerium zu internationalen Terroristen erklärt. Die nigerianische Regierung sah sich wachsendem Druck ausgesetzt, das Problem unter Kontrolle zu bekommen.

Zwar verkündet die »Joint Task Force« (JTF) aus Militär, Polizei und Geheimdienst seitdem fast laufend Erfolge im Kampf gegen »Boko Haram« und feiert die Aushebung von »Bombenwerkstätten« und die Verhaftung oder Erschießung von Mitgliedern. Doch das Gewaltniveau ist vor allem in Nordnigeria nach wie vor hoch. Kirchen, staatliche Einrichtungen, Politiker und Mitglieder der Sicherheitskräfte sind fast täglich Ziel von Anschlägen. Die Kritik an systematischen Menschenrechtsverletzungen der JTF wird unterdessen lauter. Parlamentarier aus der Region beschuldigen sie etwa, für mehr Tote verantwortlich zu sein als die Islamisten.

Der Konflikt gewinnt zudem eine eigenständige Dynamik. Es gibt Anzeichen für Splittergruppen, die sich an Boko Haram orientieren. Christliche Extremisten reagieren vermehrt mit Gegengewalt gegen Muslime – wie in Kaduna im Juni diesen Jahres. Diese Art der Gewaltspirale ist nicht zuletzt aus dem immer wieder hochkochenden Krisenherd der Stadt Jos in Zentralnigeria bekannt.

Eine dauerhafte Lösung des Konflikts ist nicht in Sicht. Keine der zahlreichen nationalen und internationalen Empfehlungen ist bislang umgesetzt worden oder hat echte Aussichten, in naher Zukunft umgesetzt zu werden.

Dieses Papier soll die »Boko Haram«-Gewalt kontextualisieren und analysieren, warum Lösungsansätze bisher nicht umgesetzt wurden. Es schließt mit einem Ausblick

auf die mögliche Zukunft des Konflikts und einer kurzen Skizzierung von Handlungsoptionen.

## Silhouette einer Bedrohung

Nachdem über die Gruppe, lange Zeit nur sehr wenig bekannt war, konnte mittlerweile etwas mehr Licht auf sie geworfen werden. Ihre Ursprünge liegen wohl im Jahr 2002. Seitdem ist sie innerhalb weniger Jahre von einer lokalen Sekte zu einer brutalen Terrororganisation von fast internationalem Niveau aufgestiegen. Das Jahr 2011 nimmt dabei eine Schlüsselrolle ein: Zum einen, weil »Boko Haram« in den urbanen Zentren Abuja, Kano und Kaduna zuschlug, zum anderen, weil sie durch immer ungezielteres Töten und eine Ausdehnung auf zivile Ziele wie Kirchen, Biergärten, Märkte und Medienhäuser die Zahl der Opfer stark erhöhte.

Gleichzeitig mehren sich Hinweise auf Verknüpfungen zum politischen Establishment Nordnigerias. Im Januar 2012 erklärte Präsident Goodluck Jonathan, die Gruppe habe »die höchsten politischen und militärischen Ränge infiltriert«, was übertrieben gewesen sein mag – doch konkrete Verdachtsmomente gegen zwei Senatoren zeigen, dass »Boko Haram« zumindest über hochrangige Kontakte verfügt.

Dass eine internationale Vernetzung, insbesondere mit Al-Qaida im Maghreb (AQIM), existiert, gilt mittlerweile als erwiesen. Dies liefert eine Erklärung für den Kapazitätswachstum der Gruppe. Andererseits hat sich die Befürchtung einer transnationalen terroristischen Bedrohung nicht bewahrheitet. »Boko Haram« hat nach dem Anschlag auf die UN kein weiteres internationales Ziel mehr angegriffen. Und in der internationalen jihadistischen Szene scheint die Gruppe kaum eine Rolle zu spielen.

Man geht insgesamt von wenigen hundert Aktivisten und einigen tausend Unterstützern aus. Arbeitslose Absolventen nordnigerianischer Universitäten scheinen eine Zielgruppe der Rekrutierungsversuche von »Boko Haram« zu sein, doch auch gewöhnliche Kriminelle sind Mitglieder. Über ihre Kohärenz gibt es unterschiedliche Annahmen. Man geht von bis zu drei Fraktionen aus, die unterschiedlich international orientiert sind und mehr oder weniger Bereitschaft zeigen, mit der Regierung zu verhandeln.

1. Der Name lässt sich mit »Westliche Bildung ist Sünde« übersetzen. Er wird jedoch vor allem von den Medien verwendet. Die Gruppe selbst nennt sich »Jamā'atu Ahlis Sunnah Lādda'awatih wal-Jihad«, in etwa: »Verband zur Propagierung der Lehren des Propheten und des Jihad«.

Noch immer sind »Boko Harams« Forderungen diffus. Öffentliche Äußerungen sind widersprüchlich, und es gibt kein Dokument, das ihre Zielsetzung formuliert. Stattdessen existieren eher defensive Forderungen wie die nach dem Wiederaufbau und der Rückgabe zerstörter Moscheen, der Freilassung Inhaftierter und Kompensationsleistungen an Familien getöteter Mitglieder. Sie werden ergänzt durch islamistische Ziele wie das einer landesweiten Umsetzung der Scharia. Immer wieder wird auch die Verurteilung des ehemaligen Gouverneurs von Borno State (dem Ursprungsstaat der Gruppe) sowie der Mörder ihres Gründers, Mohammed Yusuf, gefordert, der im Polizeigewahrsam erschossen wurde.

»Boko Haram« bietet keine politische Alternative zur Gestaltung Nigerias an. Die Gruppe besitzt höchstens die Fähigkeit zu einer kruden Machtprojektion in Nordnigeria. Inhaltlich ist sie weit entfernt von der Mehrheitsmeinung der nigerianischen Muslime, einschließlich des muslimischen Establishments. Und doch gibt es Anknüpfungspunkte an ein in Nordnigeria verbreitetes Gefühl der Bedrohung durch gesellschaftliche Transformation und an die generelle Frustration der Nigerianer mit ihrem Staat.

## Abgehängt in Stasis: Nordnigeria

Die absolute Armut im muslimisch geprägten Nordnigeria liegt bei fast 80 Prozent – knapp 20 Prozent höher als im Landesdurchschnitt. Die Wirtschaftszentren und Ölfördergebiete des Landes liegen fast ausschließlich im Süden. Schon vor der Unabhängigkeit war Südnigeria moderner und das Bildungsniveau höher, während die Kolonialherren die traditionellen Strukturen im Norden intakt ließen. Während Wandel und Dynamik in Südnigeria bestimmende Alltagselemente sind, bezieht sich der Norden eher auf die Vergangenheit. Insgesamt gibt es hier ein weit verbreitetes Gefühl, abgehängt zu sein und an der angeblichen wirtschaftlichen Transformation Nigerias – einer Modernisierung und Diversifizierung der auf Öl basierenden Ökonomie – nicht teilzuhaben. Im Gegenteil: Ehemals wichtige Industriestandorte wie Kaduna und Kano, in denen etwa die Textilindustrie tausende Arbeitsplätze stellte, verfallen. In die Infrastruktur wird hier kaum investiert, während Teile des Südens boomen.

Dies ist im aktuellen Kontext besonders relevant, weil die Zentralregierung nicht nur von einem christlichen, aus Südnigeria stammenden Präsidenten geleitet wird, sondern das Thema Transformation auch in den rhetorischen Mittelpunkt ihrer Politik rückt. In weiten Teilen des Nordens wirkt dies nicht nur befremdlich, sondern geradezu verlogen, da dort jegliche Entwicklung ausbleibt und sich an der extremen Korruption nichts ändert. Etliche nordnigerianische Muslime fühlen sich von Wandel und Modernität bedroht und glauben, dass dies die traditionellen Werte weiter erodiert. Die Gewalt »Boko Harams« treibt diese antimoderne Haltung auf die Spitze.

## Der nationale Kontext: staatliche Gewalt und Korruption

Das Ende der Militärherrschaft im Jahr 1999 hat nicht zu mehr Wohlstand und Gerechtigkeit geführt; die »Demokratiedividende« ist ausgeblieben. Das progressive Bündnis aus Zivilgesellschaft und Gewerkschaften, das gegen die Militärherrschaft gekämpft hatte, ist heute zersplittert und beschuldigt sich gegenseitig der Korruption. Eine glaubwürdige politische Partei gibt es in Nigeria nicht. Die Hoffnung, die man in Nordnigeria auf die Einführung der Scharia gesetzt hatte – ein Ende der Korruption und Dekadenz –, hat sich nicht erfüllt.

Das Fehlen einer politischen Massenbewegung sowie eine korrupte Elite, die sich über alle Regimewechsel hinweg im Sattel gehalten hat, lassen den meisten Nigerianern – die Anzahl der Muslime entspricht ungefähr der der Christen – als Hoffnung nur den Rückzug in die Religion. Hier errichtet man sich eine (scheinbare) Sphäre der Ordnung.

Mit diesem landesweiten Rückzug ins Religiöse (und dem gleichzeitigen Hineindrängen des Religiösen in die politische Sphäre) reagieren viele Nigerianer auch auf die frustrierende Alltagserfahrung mit Korruption und Unsicherheit. Denn die Sabotage des Gemeinwesens zur eigenen Vorteilsgewinnung ist in Nigeria so weit verbreitet, dass sie praktisch jeden gesellschaftlichen Bereich infiziert hat. Ein kürzlich erschienener Bericht stellte fest, dass die Eliten dem Land über die Öl- und Gaswirtschaft in den letzten zehn Jahren etwa 80 Milliarden Euro gestohlen haben. Selbst der Vorsitzende eines Parlamentsausschusses, der Korruptionsfälle im Zusammenhang

mit Nigerias Benzinsubvention aufklären sollte, wird nun der Korruption beschuldigt. Er hat offensichtlich Firmen damit erpresst, sie in seinem Bericht anzuschwärzen.

Das Sicherheitsbudget ist besonders korruptionsanfällig, da es kaum öffentlich kontrolliert werden kann. Vor dem Hintergrund des Kampfes gegen »Boko Haram« hat die Administration es auf fünf Milliarden Euro (20 Prozent des Gesamtetats) anwachsen lassen – der Schwerpunkt liegt natürlich auf Materialbeschaffung, bei der wohl erhebliche Summen veruntreut werden.

Gleichzeitig ist das Ansehen der nigerianischen Sicherheitskräfte auf einen historischen Tiefpunkt gefallen. Die Kritik an ihnen ist wahrscheinlich einer der wenigen Punkte, die »Boko Haram« mit dem Großteil der Bevölkerung eint. Polizisten lassen sich als private Sicherheitskräfte mieten und erpressen an Straßensperren Wegegelder. Nach Aussagen der nigerianischen Menschenrechtskommission erschießt die Polizei pro Jahr etwa 2.500 Menschen ohne Gerichtsverfahren. Die Menschenrechtsverbrechen der Nigeria Police Force sind breit dokumentiert.<sup>2</sup>

Obwohl die Polizei etliche Reformversuche hinter sich hat (eine neue Reformagenda gehört zum guten Ton eines jeden Generalinspektors) und mit viel Aufwand von internationalen Gebern trainiert wird, ist es unwahrscheinlich, dass sich daran auf mittlere Sicht etwas ändern wird. Und im Militär greifen dieselben Mechanismen. Die Sicherheitskräfte gehorchen nicht Gesetzen, sondern lokalen Patronage-Netzwerken. Führungspersonlichkeiten haben ihre Positionen nicht aufgrund von Verdiensten inne, sondern weil sie durch einflussreiche Strippenzieher dorthin gekommen sind – gegen die sie dann selbstverständlich nicht vorgehen werden. Nigerias Justiz hat sich hochrangigen Angeklagten gegenüber als zahnlos erwiesen. Es gibt praktisch keine Urteile gegen korrupte Politiker oder Unternehmer in Nigeria, während Unschuldige schnell im Gefängnis landen.

In diesem Kontext verwundert es nicht, dass die Bevölkerung kaum mit Sicherheitskräften kooperiert. Sie sieht

2. So etwa der jüngste Bericht von Amnesty International: „Nigeria: Trapped in the circle of violence“, [http://www.amnesty.ch/de/laender/afrika/nigeria/dok/2012/bericht-boko-haram/report\\_cycle\\_violence\\_nigeria.pdf](http://www.amnesty.ch/de/laender/afrika/nigeria/dok/2012/bericht-boko-haram/report_cycle_violence_nigeria.pdf). Siehe auch Human Rights Watch: „Everyone’s in the Game. Corruption and Human Rights Abuses by the Nigeria Police Force“, <http://www.hrw.org/sites/default/files/reports/nigeria0810webwcover.pdf>; Open Society Justice Initiative: Criminal Force. Torture, Abuse, and Extrajudicial Killings by the Nigeria Police Force, New York, NY, 2010.

sich im Gegenteil zwischen einer islamistischen Skylla und einer staatlich-autoritären Charybdis gefangen. Eine Sicht auf den Staat, die wohl viele Nigerianer teilen, brachte der angesehene Bischof der Diözese Sokoto, Matthew Kukah, auf den Punkt: »Dieser Staat ist die Domäne von Schurken, Dieben und offensichtlichen Banditen, die beständig das Vermögen des Staates geplündert haben (...). Bei Boko Haram handelt es sich nicht um eine Krankheit, sondern um ein Symptom eines seit Jahren stattfindenden Zerfalls.«<sup>3</sup>

## Empfehlungen, die ins Leere laufen

Mittlerweile sind etliche Analysen mit Handlungsempfehlungen erschienen, die ausnahmslos nicht umgesetzt wurden. Im Folgenden sollen die typischen Empfehlungen aufgelistet und die verhindernden Faktoren erläutert werden:

Gespräche mit »Boko Haram«: Die Regierung hat mehrmals ihre Gesprächsbereitschaft betont, doch Verhandlungen scheint es bislang nicht zu geben. Auch aus den Reihen »Boko Harams« soll es jüngst eine Gesprächssofferte gegeben haben. Doch die Regierung betont, dass es keine Gespräche mit dem »gesichtslosen« Feind gebe. Dazu trägt das große Misstrauen zwischen den Parteien bei. Ein Waffenstillstand ließ sich nie durchsetzen. Während eines Verhandlungsversuchs wurde im September ein angeblicher »Boko Haram«-Sprecher festgenommen. Ein Vermittler wurde im Jahr 2011 von Renegaten der Islamisten erschossen. Es ist zudem unklar, wie zentral die Gruppe überhaupt gesteuert wird. Sollte sie tatsächlich aufgespalten sein, könnte die Regierung wohl höchstens mit einem Teil verhandeln. Zum anderen stellt sich die Frage, wie stark die Kontrolle der Regierung über die eigenen Sicherheitskräfte ist bzw. ob sie die Forderungen »Boko Harams« umsetzen könnte, etwa die Inhaftierung der nach der Bestrafung der Mörder Yussufs.

Neuausrichtung der Sicherheitspräsenz in Nordnigeria: Die JTF hat sich in Nordnigeria zu einem eigenen Problem entwickelt und ein Klima der Angst etabliert. Es ist unwahrscheinlich, dass sich daran etwas ändert. Die Politik und Spitzen der Sicherheitskräfte leugnen hart-

3. Matthew Hassan Kukah, Boko Haram – Eine Krankheit oder ein Symptom? Hintergründe der Gewalt in Nigeria, Forum Weltkirche 3/2012, S. 12.

näckig alle Berichte über Menschenrechtsverletzungen. Dabei hat Nigerias Militär stets mit großer Brutalität auf Aufstände reagiert. Konzepte vom »Staatsbürger in Uniform« oder von rechtstaatlichen Grenzen des eigenen Handelns haben kaum eine Chance, in absehbarer Zeit umgesetzt zu werden. Da die JTF zudem selbst Zielscheibe der »Boko Haram«-Gewalt ist, ist nicht damit zu rechnen, dass sie sich für unabhängige Untersuchungen öffnen wird; im Gegenteil wird sie die Reihen wohl eher schließen. Externe Menschenrechtstrainings und gut gemeinte Programme zur Verankerung von Rechtstaatlichkeit sind bislang verpufft, weil diese den Realitäten in den Institutionen widersprechen (s.o.).

Amnestie: Eine Amnestie hat im Niger-Delta zu einer Beruhigung geführt. Allerdings zu einem hohen Preis: De facto hat die Regierung den Rebellenführern im Niger-Delta mit erheblichen finanziellen Summen kooptiert – noch heute fließen Millionenbeträge an die Militanten. Ob dies eine dauerhafte Lösung des Konflikts bedeutet, ist fraglich: Immer wieder regt sich in der Region Unruhe, weil noch mehr (angebliche oder echte) Militante an diesen »Programmen« teilhaben wollen. Das politische Signal einer Amnestie ist zudem problematisch, da man Gewalttäter belohnt während man die Opfer des Konflikts nicht kompensiert. Eine Amnestie könnte allenfalls Teil einer umfassenderen Lösung sein.

Armutsbekämpfung in Nordnigeria: Diese langfristige Lösung ist unabdingbar, um in Nordnigeria endlich eine Identifizierung mit dem Gemeinwesen aufzubauen. Allerdings hat die Verarmung ihre Gründe, die vor allem in der massiven Korruption und einer falschen Wirtschaftspolitik liegen. Nigeria hätte die extreme Armut längst bekämpfen können, wenn der Wille dazu da gewesen wäre, die Einnahmen aus den Ölquellen gerecht zu verteilen. Allerdings ist auch die Elite so sehr auf konstante Geldflüsse angewiesen, um Loyalität zu erzeugen, da ihr Herrschaftssystem sonst implodieren würde.

## Ausblick

Systemische Mechanismen stehen einer Lösung des Konflikts entgegen. Wie sich die Situation entwickeln wird, hängt nicht nur davon ab, wie sich die Kapazitäten »Boko Harams« entwickeln werden, sondern auch davon, welche Ziele sie verfolgt und wie sie diese erreichen

will. Da so wenig über sie bekannt ist, ist es praktisch unmöglich, hier eine Prognose abzugeben. Von einer erneuten Eskalation bis zu einem Ausdimmen des Konflikts ist praktisch alles möglich.

Dass vom nigerianischen Staat ein Lösungsversuch über die militärische Reaktion hinaus erfolgt, ist unwahrscheinlich. Weder die sicherheitspolitische Dynamik noch die bisherige politische Strategie (so man sie denn so nennen kann) gäbe dafür irgendwelche Hinweise. Maximal erscheint die Kooptierung (oder Korruption?) eines Teils der Sekte durch ein Amnestieprogramm möglich. Gewalt aus der Peripherie Nigerias, insbesondere im Norden, hat im Land ohnehin Tradition. Es ist unwahrscheinlich, dass »Boko Haram« das letzte Glied in einer Kette von Aufständen ist, die das »System Nigeria« immer wieder erschüttern.

Was bleibt also – zumal aus Sicht des Westens – zu tun? Die Wirkung von externen Trainings für Sicherheitskräfte ist äußerst umstritten – die Menschenrechtsbilanz von Polizei und Militär trotz langjähriger Unterstützungsprogramme spricht Bände. Wichtiger wäre es, korrupte nigerianische Politiker und Geschäftsleute (und auch deutsche Firmen, die sich der Korruption schuldig machen) nicht zu schonen. Das Beispiel des ehemaligen Gouverneurs von Delta State, James Ibori, zeigt, was möglich ist: Ibori wurde in London wegen Betrugs zu 13 Jahren Haft verurteilt. In Nigeria wurde sehr genau registriert, dass der ehemalige Gouverneur mit besten Verbindungen in höchste Regierungskreise in seinem Heimatland frei gesprochen, aber von britischen Instanzen für schuldig befunden wurde. Die nigerianische Justiz (und Regierung) wird sich nicht viele Fälle einer derartigen Bloßstellung leisten können, um ihre Glaubwürdigkeit nicht endgültig zu verlieren. Auch wenn dies natürlich nicht direkt auf den »Boko Haram«-Konflikt einwirken kann. Denn dieser ist ein Ergebnis des »Systems Nigeria« und kann nur aus diesem heraus gelöst werden.



## Über den Autor

**Thomas Mättig** leitet das Landesbüro der FES in Abuja, Nigeria.

Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

## Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung  
Internationale Entwicklungszusammenarbeit | Referat Afrika  
Hiroshimastr. 17 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:  
Michèle Auga, Leiterin, Referat Afrika

Tel.: ++49-30-269-35-7440 | Fax: ++49-30-269-35-9217  
<http://www.fes.de/afrika>

Bestellungen  
[Florian.Koch@fes.de](mailto:Florian.Koch@fes.de)

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



**ISBN 978-3-86498-424-2**